

# Oettinger kündigt stark steigende Strompreise an

EU-Kommissar hält Senkung der Emissionen um 80 Prozent bis 2050 für wirtschaftlich vertretbar

hmk/ami. BRÜSSEL/BERLIN, 15. Dezember. Die europäischen Verbraucher müssen sich auf stark steigende Strompreise einstellen. Das geht aus einer Analyse der Entwicklung der europäischen Energieversorgung bis 2050 hervor, die der zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger am Donnerstag in Brüssel vorgestellt hat. Die von der EU angestrebte Senkung des Treibhausgasausstoßes um 80 Prozent bis 2050 sei sowohl technisch machbar als auch wirtschaftlich vertretbar, sagte er.

Die Kosten für ein solch ehrgeiziges Programm seien etwa ebenso hoch wie die Kosten, die entstünden, wenn die die EU nur an ihren schon heute gefassten Klimaschutzbeschlüssen festhalte. Das habe die Analyse von sieben verschiedenen Szenarien ergeben. Die Energieausgaben der privaten Haushalte werden sich gemäß dieser Analyse bis 2030 unabhängig von den einzelnen Szenarien voraussichtlich verdoppeln. Grund dafür sind nicht zuletzt die Infrastrukturinvestitionen, die in jedem Fall entstehen, um das stark überalterte Netz zu modernisieren oder es an den Ausbau der erneuerbaren Energie anzupassen.

Politische Schlüsse zog Oettinger aus der Analyse nicht. Er erklärte zwar, dass es ein Ziel der Untersuchung sei, den Investoren in Forschung, Infrastruktur und Energiequellen langfristige Planungssicherheit zu verschaffen. Wie die EU das Ziel erreichen will, den Treibhausgasausstoß bis 2050 um 80 Prozent zu senken, soll aber erst eine Diskussion in den kommenden Jahren ergeben. Oettinger kündigte an, diese Debatte bis 2014 abschließen zu wollen. Er deutete an, dass er sich ein verpflichtendes Ziel für den Anteil erneuerbarer Energiequellen an der Stromversorgung von 45 bis 50 Prozent für das Jahr 2030 vorstellen könne. Bisher hat die EU einen Anteil der erneuerbaren Energiequellen von 20 Prozent an der Energieversorgung bis 2020 beschlossen und zudem eine Senkung des Treibhausgasausstoßes um 20 Prozent sowie eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent.

Dass die Kommission in dem sogenannten Energie-Fahrplan 2050 keinerlei Hinweis darauf gibt, wie sie sich die Umsetzung des 80-Prozent-Klimaziels vorstellt, ist ungewöhnlich. Umweltverbände, Vertreter der Produzenten von erneuerbarer

Energie sowie die Grünen im Europaparlament kritisierten Oettinger deshalb heftig. In der vorliegenden Form sei der Fahrplan ein reines Gedankenspiel ohne politische Relevanz, sagte Jason Anderson von der Umweltorganisation WWF.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace kritisierte, die Kommission hebe in ihrer Analyse aus Rücksicht auf Frankreich und Polen die Rolle von Kernenergie und Kohle zu stark hervor. Dabei zeige eine nüchterne Analyse der Daten, dass eine moderne Energieversorgung nicht ohne erneuerbare Energiequellen und effizientere Nutzung der Ressourcen auskomme, wohl aber ohne Atomenergie und Kohle. Oettinger wies die Vorwürfe zurück: Den einen sei er zu atomfreundlich, den anderen zu atomfeindlich. Letztlich müssten die Staaten entscheiden, welche Energiequellen sie nutzen wollten. Es sei aber ein Fakt, dass die Nutzung von Atomenergie mit dem Ziel vereinbar sei, die Treibhausgasemissionen um 80 Prozent zu senken. Von den sieben Szenarien, die die Kommission analysiert hat, basieren zwei auf der Annahme, dass die EU keine zusätzlichen Klimaschutzziele beschließt.

Mit den anderen fünf Szenarien würde die EU das 80-Prozent-Ziel erreichen. Sie unterscheiden sich aber darin, inwieweit die EU dabei auf den Einsatz erneuerbarer Energiequellen, Energieeinsparungen, Atomkraft oder Techniken wie die Abspaltung und Lager von Treibhausgas setzt (F.A.Z. vom 25. Oktober).

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) sagte, mit dem Fahrplan bewege sich die Kommission in eine ähnliche Richtung wie Deutschland. Der nachhaltige Umbau der Energieversorgung könne aber nur gelingen, „wenn er auf solider ökonomischer Grundlage steht und sichergestellt ist, dass unsere Industriestandorte wettbewerbsfähig bleiben“. Dies habe die Kommission zu Recht betont. Umweltminister Norbert Röttgen sah in den Szenarien den Beleg dafür, „dass der Umstieg auch unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll ist“. Allerdings seien die Preisannahmen teils nicht nachvollziehbar. So würden für Kernenergie und die Technologie zur Speicherung von Kohlendioxid (CCS) zu niedrige Kosten angenommen, dagegen für die erneuerbaren Energien zu hohe Technologiekosten angesetzt.